

Keine verschlossenen Türen mehr

Die offene Psychiatrie führt in der allgemeinen Abteilung zu weniger Zwangsmassnahmen

Von David Weber

Basel. Undine Lang, die Chefärztin der Erwachsenen Psychiatrischen Klinik, steht für eine offene Psychiatrie – also ohne zugesperrte Türen. Seit Lang 2012 ihre Stelle bei den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) angetreten hat, setzt sie dieses Konzept auch in Basel um. Zuerst unter erschwerten Bedingungen. Am 14. März 2012 entwich ein psychisch kranker Straftäter aus der geschlossenen Forensik der UPK, stahl ein Auto und tötete bei seiner Fahrt eine Frau und verletzte sieben Personen.

Lang hielt sich in der Folge mit Äusserungen zur offenen Psychiatrie zurück. Auch wenn dieses Konzept nur für die stationäre Allgemeinpsychiatrie mit 250 Plätzen gilt und natürlich nicht für die Forensik – in dieser geschlossenen Station mit rund 30 Plätzen werden Patienten mit strafrechtlichem Hintergrund behandelt. In der öffentlichen Wahrnehmung spielte diese Unterscheidung laut Lang aber kaum eine Rolle. Deshalb die Zurückhaltung. Trotzdem trieb die UPK die Öffnung der stationären Allgemeinpsychiatrie weiter voran. Nun werden auf der ganzen Abteilung die Türen nicht mehr verschlossen, sagte Lang gestern anlässlich eines Mediengesprächs der UPK.

«Die Betreuung ist individueller geworden», erklärte Lang. Wer verwirrt oder suizidal sei, werde personell intensiver begleitet. Die Folge dieser Änderungen: Die Zwangsmassnahmen sind

2012 um rund 25 Prozent gesunken. Dies betrifft die Isolierungen, die zum Schutz der Patienten oder Mitpatienten angeordnet werden können. Für Lang eine gute Bilanz. In Berlin, wo sie zuvor das Konzept der offenen Allgemeinpsychiatrie umgesetzt hatte, sei es zu keinem schlimmen Zwischenfall gekommen. Das werde hier nicht anders sein, ist sie überzeugt.

«Ambulant vor stationär»

Die neue CEO der UPK, Rita Anton, ist seit 100 Tagen im Amt. Sie stützt das Modell der offenen Psychiatrie. Es begünstigt die Entstigmatisierung der Psychiatrie – ein grosses Anliegen der UPK. Sie zieht ein positives Fazit ihrer bisherigen Tätigkeit. In Zukunft will sie die Arbeit und die Qualitäten der UPK aber aktiver kommunizieren. «Es kann nicht sein, dass nur über uns gesprochen wird, wenn etwas schief läuft. Das haben die UPK nicht verdient.»

Ziel sei es, Forschung und Lehre auf exzellentem Niveau weiterzubetreiben sowie die UPK möglichst perfekt in die gesamte Behandlungskette einzubetten. Diese reicht von den Psychotherapeuten, Selbsthilfegruppen und Wohnheimen bis zum Therapieangebot der UPK. Inklusiv der Nachsorge nach einer Therapie. Das Netzwerk Psychiatrie arbeitet nach dem Grundsatz «ambulant vor stationär». Bei vielen Störungsbildern bestehe eine ausgezeichnete Chance auf Heilung, sagte Anton. Auch ambulant – so können Patienten oft im

Arbeitsprozess bleiben. Wegen des grösseren ambulanten Angebots sinkt auch die mittlere Aufenthaltsdauer der stationären Patienten seit Jahren. 2006 betrug sie 52, 2011 noch 25,7 Tage.

Dass das Psychiatrienetzwerk nicht ohne Löcher war, hat Isolde Bäumle erfahren. Sie war aufgrund ihrer psychischen Erkrankung seit fast zwanzig Jahren in ambulanter Behandlung. Sie schämte sich, empfand ihre Krankheit als Makel. 2009 entschied sie sich für eine stationäre Therapie. «Ich wusste einfach nicht mehr weiter», schilderte sie. Die Versorgung während der 17 Wochen in der UPK sei gut gewesen. «Aber irgendwie wie auf einem anderen Planeten. Mit fast keinen Kontakten zur

anderen Welt.» Deshalb sei die Landung im Alltag sehr hart gewesen, sagte Bäumle. Laut Rita Anton wird heute viel Gewicht auf die Beziehungspflege gelegt. Nicht nur zwischen Therapeut und Patient. Wichtig sei auch, dass die Beziehungen im privaten Umfeld und am Arbeitsplatz erhalten blieben.

Bäumle selber versucht heute mit ihrer Psychiatrieerfahrung anderen zu helfen. Auch den Institutionen. Sie absolviert das Weiterbildungsstudium Experienced Involvement. Als «Expertin durch Erfahrung» kann Bäumle dazu beitragen, die Behandlungsabläufe zu optimieren. Ein Konzept, das in Basel im Gegensatz zu Bern oder Zürich erst am Anfang steht.

Alternativer Standort für Kinderpsychiatrie-Neubau

Basel. Seit Monaten liegen die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) im Clinch mit einer Gruppe von Kinder- und Jugendpsychiatern. Streitpunkt ist der Standort für den Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Heute ist diese Abteilung übers ganze Stadtgebiet verteilt. Die UPK wollte diese in einem Neubau auf dem UPK-Gelände hinter dem Kannenfeldpark zusammenführen. Der Architekturwettbewerb für den 30 Millionen Franken teuren Bau war bereits abgeschlossen, als sich gegen das Projekt erbitterter Widerstand formierte. In einer Petition mit 1200 Unterschriften wehrten sich

die zuweisenden Psychiater gegen den dezentralen Standort. Die UPK sistierten das Projekt, machten sich auf die Suche nach alternativen Standorten und banden die Gegner in eine Begleitgruppe ein. «Nun zeichnet sich eventuell ein anderer Standort ab», sagte gestern Andreas Windel, Leiter Betrieb der UPK. Wo, das wollte er nicht verraten. Der Vorschlag solle am 8. April mit der Begleitgruppe besprochen werden. Nur so viel: «Der Standort liegt nicht auf dem UPK-Gelände, aber auch nicht allzu weit entfernt.» UPK-CEO Rita Anton bezeichnete den neuen Standort als Kompromiss. daw

Nachrichten

Neuer Abfuhrplan wird verteilt

Basel. In den nächsten Tagen verteilt die Stadtreinigung den Abfuhrplan für die Zeit von April bis Dezember an alle Haushalte. Anfang Jahr war ein provisorischer Plan bis Ende März publiziert worden. Im neuen Plan wird nun festgehalten, dass es zu Änderungen der Abfuhrtage kommen könnte, weil die Kehrichttouren neu eingeteilt werden, wie das Tiefbauamt mitteilt. Der Rhythmus mit zwei Abfuhrtagen pro Woche wird beibehalten. Der Abfallplan enthält auch die Daten der Spezialentsorgungen wie die Papierabfuhr. Von zusätzlichen Tipps erhofft sich die Stadtreinigung eine grössere Sorgfalt beim Bereitstellen der Abfälle.

Studierende wollen Einsitz im Universitätsrat

Basel. Die studentische Körperschaft der Universität Basel (Skuba) äussert ihr Unverständnis darüber, dass der Regierungsrat die beratende Einsitznahme von Studierenden im Universitätsrat abgelehnt hat. Als grösste Organisation der Universität sei sie von Entscheiden des Universitätsrats betroffen, wie sie mitteilt. Einen Einsitz mit beratender Stimme hatte SP-Grossrätin Salome Hofer in einem Anzug angeregt, der kürzlich beantwortet wurde. Die Skuba widerspricht der Aussage des Regierungsrats, wonach das Rektorat wie der Präsident des Universitätsrats «regelmässigen Kontakt» zur Skuba pflegen würden. «Nur selten und eher unregelmässig», so die Skuba, komme ein Gespräch mit Präsident Ueli Vischer zustande. Nicht einmal die Sitzungsdaten des Rats würden der Skuba mitgeteilt. Im Fachhochschulrat dürften auch Studierende sitzen, wodurch die Kommunikation verbessert worden sei.

Baugesuch für Biozentrum ist einsehbar

Basel. Das Baugesuch für das neue Biozentrum an der Spitalstrasse 41 ist jetzt beim Bauinspektorat öffentlich aufgelegt. Am 7. Februar hat der Grosse Rat das Darlehen von 158 Millionen Franken zugunsten der Universität als basel-städtischen Anteil gutgeheissen. Bedingung ist, dass der Kanton Basel ein Darlehen in der gleichen Höhe bewilligt. Beim Landrat befindet sich das Geschäft aber noch in der Kommissionsberatung. Das Baugesuch für das 73 Meter hohe Gebäude mit 16 Obergeschossen umfasst mehrere Ordner. Auf der Seite der Pestalozzistrasse bleiben die meisten Bäume stehen, weitere werden neu gepflanzt. Der Baubeginn für das Biozentrum auf dem Schällemätteli-Areal, das seit 2010 brach liegt, ist für den kommenden Sommer vorgesehen.

Kuhfladen-Lotto auf dem Barfüsserplatz

Basel. Morgen Samstag veranstaltet die Junge Garde des Central-Clubs Basel (CCB) auf dem Barfüsserplatz ein Kuhfladen-Lotto. Dabei handelt es sich um eine Benefizveranstaltung zugunsten der 20 Jahre alten Stiftung Theodora, die kleinen Patienten in Spitälern mit Clowns Freude und Lachen schenkt. Für das Lotto konnte die Kuh Selina vom Bauernhof St. Margarethen verpflichtet werden, teilt der CCB mit. Auf dem Barfüsserplatz werden 100 Einzelfelder aufgemalt, auf die je zehn Franken gesetzt werden können. Es gewinnt jeweils das Feld, auf das die Kuh ihren nächsten Fladen setzt. Ab 12 Uhr können Lottoscheine ausgefüllt werden, um 14 Uhr und um 15 Uhr beginnt je eine halbstündige Runde.

Glückwunsch

Goldene Hochzeit

Unsere herzliche Gratulation und besten Glückwünsche gehen an die Eheleute **Annamarie** und **Rolf Walter Trachsel-Stahel**, wohnhaft an der Mühlestiegstrasse 7 in Riehen, die heute ihren 50. Hochzeitstag feiern können. gratulationen@baz.ch



Hohe Zufriedenheit. Attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen sollen noch mehr gut ausgebildete Ausländer nach Basel locken. Foto Margrit Müller

Platz für eine Viertelmillion Einwohner

Der neue Basler Nachhaltigkeitsbericht liefert Zahlen und Fakten zu Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft

Von Nina Jecker

Basel. Vom CO₂ bis zu Hochhäusern: Die Basler Regierung will in den nächsten Jahren verstärkt auf Nachhaltigkeit achten. Gestern legten Regierungspräsident Guy Morin, Stadtentwickler Thomas Kessler und Madeleine Imhof vom Statistischen Amt den Nachhaltigkeitsbericht 2013 vor. Verstanden wird unter dem Begriff Nachhaltigkeit laut der UNO ein Verhalten, das «es ermöglicht, die Bedürfnisse der jetzigen Bevölkerung zu befriedigen, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu beeinträchtigen».

Die Basler Regierung versteht darunter nicht nur Umweltbelange, sondern auch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. «Wir dürfen weder die Umwelt belasten noch Schulden anhäufen», fasste Morin zusammen. Die Entwicklung der Wirtschaft wird unter anderem am Bruttoinlandprodukt (BIP), der Anzahl von IV- und Sozialhilfebezügern sowie an der

Nettoschuldenquote gemessen. Mit einem Wachstum von 2,9 Prozent jährlich habe sich das Basler BIP in den letzten Jahren dreimal schneller vergrössert als im Rest des Landes. Die Nettoschulden des Kantons habe man auf 8916 Franken pro Einwohner reduzieren können. Längerfristig gewachsen sind die Steuereinnahmen von natürlichen Personen auf 1,54 Milliarden im 2011. Besonders Zuzüger aus dem Ausland lassen die Kassen klingeln. Es gebe aber auch Nachholbedarf, etwa bei den Firmengründungen und den unterstützten Personen. Die hier überdurchschnittlich hohe Quote von rund elf Prozent (Zürich: 8,5) ist laut Morin unter anderem auf Basels hohen Ausländeranteil von 34 Prozent zurückzuführen.

Basler sind sehr zufrieden

Beim zweiten Punkt, der Umwelt, ist Basels Spitze zufrieden mit den Errungenschaften der letzten Jahre. Die hiesigen Bewohner stossen mit 5,2 Tonnen pro Jahr und Kopf weniger CO₂ aus als

vor 20 Jahren (5,6 Tonnen). Auch das Recycling läuft vorbildlich. Rund 180 Kilogramm Siedlungsabfälle produziert ein Basler im Jahr. 1991 waren es über 400 Kilo.

Was die gesellschaftliche Entwicklung angeht, ist die Situation seit dem letzten Nachhaltigkeitsbericht von 2010 in einigen Punkten gleich geblieben, anderswo gab es Verbesserungen. Gestiegen ist die Zufriedenheit der Basler. 2011 lebten 98 Prozent der Befragten gerne oder sehr gerne im Kanton. In vorherigen Befragungen lag dieser Wert bei 95 Prozent. Gleich geblieben ist der Gesundheitszustand. Rund 79 Prozent schätzen ihren Zustand als gut oder sehr gut ein. Im Vergleich mit dem Rest der Schweiz leiden die Basler aber überdurchschnittlich häufig unter psychischen Beschwerden, Übergewicht und Bluthochdruck. Dies kann damit zu tun haben, dass Basel die älteste Stadt der Schweiz ist. Der hiesige Altersquotient lag 2011 bei 31,7. Dieser Wert zeigt auf, wie sich der Anteil der über 65-Jährigen

im Vergleich zur Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren entwickelt. Schweizweit lag der Quotient bei 27,1.

Bevölkerung soll noch wachsen

Thomas Kessler sieht in seinem Metier, der Stadtentwicklung, viel Potenzial für mehr Nachhaltigkeit. Als Beispiel nennt er die Stadtrandentwicklung Basel Ost mit elf Hochhäusern. «Heutige Türme produzieren mehr Energie, als sie verbrauchen. Zudem wird bei Hochhäusern weniger Fläche pro Person verbaut», so Kessler. In der Agglomeration betrage die Bauzonenfläche pro Einwohner 312 Quadratmeter. In Basel Ost seien es nur vier. Weiter ziehe ein solches Projekt gut ausgebildete Ausländer an, was zu einer besseren Durchmischung der Bevölkerung und mehr Steuereinnahmen führe. Sowieso soll die hiesige Bevölkerung nach dem Willen der Regierung weiter wachsen. Aktuell wohnen rund 190 000 Menschen in Basel. «Die Infrastruktur würde aber für 250 000 reichen», sagt Kessler.